

## Nato Mehr Truppen nach Polen

Die Nato plant als Reaktion auf die Ukraine-Krise eine Verstärkung der Präsenz in Polen. Auf dem Treffen der Verteidigungsminister diese Woche in Brüssel sollen die Minister Überlegungen diskutieren, das Multinationale Korps Nordost in Stettin temporär aufzustocken. Bislang sind dort gut 200 Soldaten vornehmlich aus Deutschland, Polen und Dänemark stationiert. Mit einer Verstärkung soll gegenüber Russland symbolisch Stärke gezeigt werden. Polen hatte dies gefordert. Zudem wird überlegt, ob man die Aktivierungsfrist für das Kommandozentrum verkürzen sollte. Bisher gehört das Korps zu den Befehlsständen, die erst im Verteidigungsfall nach Artikel 5 der Nato vollständig aktiviert werden und dann Kampfeinheiten des Bündnisses koordinieren sollen. Die Bundesregierung steht der Idee offen gegenüber, da es bei dem Plan nicht um eine dauerhafte Verstärkung geht. Im Verteidigungsministerium stellt man sich zudem darauf ein, dass der Rat jetzt erneut zusätzliche Aufklärungsmöglichkeiten und damit die Anschaffung weiterer Nato-Drohnen anmahnt. Berlin will darüber ab Sommer öffentlich debattieren und dann entscheiden. gor, mgb

## NSU-Verfahren Identität gesperrt

Bei ihren Ermittlungen nach dem plötzlichen Tod des ehemaligen V-Manns Thomas R. alias „Corelli“ muss die Bundesanwaltschaft auf einen wichtigen Zeugen verzichten. Das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) weigert sich, die Identität eines Zuträgers preiszugeben, der der Behörde kurz vor dem Tod von R. eine CD mit rechtsextremistischer Propaganda übergeben haben soll.



## Russland Europas weiche Linie

Europäer und Amerikaner streiten über den Umgang mit Wladimir Putin. Der russische Präsident soll trotz US-Bedenken an den Feiern zum 70. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie am 6. Juni teilnehmen. Darauf hatten Kanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident François Hollande gedrängt. Merkel sei immer der Meinung gewesen, dass bei einer Gedenkfeier jenes Land eingeladen werden müsse, das im Zweiten Weltkrieg die meisten Opfer gebracht habe, heißt es im Kanzleramt. In Washington verweist man dagegen auf Moskaus Rolle in der Ukraine-Krise und

unterstellt den Europäern eine zu weiche Linie gegenüber Putin. Ein weiterer Streitpunkt zwischen Bundesregierung und US-Administration ist das Vorgehen der ukrainischen Regierung gegen die Separatisten im Osten des Landes. Das Auswärtige Amt wirft den USA vor, Kiew darin zu bestärken, nicht mit den Aufständischen zu sprechen. Eine militärische Lösung, wie sie die ukrainische Regierung mit politischer Unterstützung Washingtons anstrebe, werde es aber nicht geben, heißt es in Berlin. „Die USA spielen in dieser Frage keine gute Rolle“, sagt ein hoher Regierungsbeamter. ran

Auf der CD, die offenbar aus dem Jahr 2006 stammt, findet sich eine der ersten dokumentierten Nennungen einer Organisation namens Nationalsozialistischer Untergrund (NSU). Titel der Scheibe: „NSU/NSDAP“. Die Quelle habe die CD „beim Aufräumen auf seinem Dachboden“ entdeckt, heißt es beim LfV Hamburg. Der Zeuge – ebenfalls ein V-Mann – habe sie schon Jahre vor dem Auffliegen des NSU von „Corelli“ erhalten. Er könnte vielleicht die Frage beantworten, ob Thomas R. womöglich einen deutlich engeren Bezug zur Terrorzelle um Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos hatte als bislang bekannt. Doch die Hamburger Verfassungsschützer schickten eine

„Sperrerklärung“ nach Karlsruhe. Sie wollen die Identität ihres V-Manns nicht aufdecken. gud

## Grüne Angst vor Trittin

Grünen-Politiker des Realo-Flügels sind verärgert über Jürgen Trittin. Angesichts der Diskussion um Führungsschwäche wird ein Comeback-Versuch des Ex-Fraktionsvorsitzenden befürchtet. Er hatte zuletzt durch starke Präsenz in den Medien auf sich aufmerksam gemacht. „Es wäre von Vorteil, wenn Jürgen Trittin weniger dominant auftreten und der neuen Spitze den Raum geben würde, sich in politischen

Debatten zu positionieren“, sagt die Bundestagsabgeordnete Ekin Deligöz. Auch der Bayer Dieter Janecek findet Trittins Verhalten ungünstig. „Nach außen muss sichtbar sein, wer führt und wer nicht“, so Janecek. Außerdem positioniere sich Trittin in wichtigen Fragen etwa zur Rente oder zur Ukraine gegen die Linie der Bundestagsfraktion. red

